



CDU-REGIONSFRAKTION: "SPRINGE DARF KEINE BLAUPAUSE FÜR ANDERE KOMMUNEN WERDEN"

Veröffentlicht am 14.01.2022 um 17:34 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"In Sachen Nachnutzung des ehemaligen

Krankenhauses in Springe muss nun endlich was geschehen. Es ist ärgerlich, dass das von Rot-Grün geschlossene Krankenhaus sich langsam zu einem vergessenen Ort am Deister, einem "Lost Place", entwickelt. Wenn mit Hilfe der Regionsverwaltung die Vorgänge beschleunigt werden und ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) entsteht, dann können wir dies zwar begrüßen, aber der Schmerz über den Umgang von Rot-Grün mit der Stadt Springe bleibt, erklärt der Vorsitzende der Gruppe CDU/FDP Bernward Schlossarek aus Lehrte. Dies ist die einzige gute Nachricht in Sachen Krankenhaus beim Besuch des Regionspräsidenten in Springe. Die Entwicklungen in Springe, gepaart mit der Aussage, dass der Bau eines MVZ Vorbild für andere Kommunen sein kann, werden in der Gruppe CDU/FDP genau beobachtet. "Einfach gesprochen bedeutet dies: Krankenhaus weg, MVZ her und alle sind glücklich. Das ist leider falsch. Eine stationäre Krankenhausversorgung vor Ort kann nicht durch ein medizinisches Versorgungszentrum ersetzt werden. Es sind einfach zwei unterschiedliche Konzepte, die man nicht ohne weiteres vergleichen und gegeneinander aufrechnen kann. Der Regionspräsident sollte nicht auf die Idee kommen, Krankenhäuser in Frage zu stellen und als Ausgleich ein Medizinisches Versorgungszentrum zu versprechen", erklärt Schlossarek. "Das Krankenhaus in Springe ist weg und ein MVZ noch nicht da. Das Springer Modell sollte nicht zur Blaupause für anderen Kommunen werden. Mich ärgert, dass seit 2015 keine Nachnutzung der ehemaligen Krankenhausgebäude umgesetzt ist. Das Gebäude liegt brach, die Substanz wird schlechter und niemanden interessiert es. Ich habe nachgefragt und den Impuls gegeben, die Wirtschaftsförderung der Region ins Boot zu holen. Sieben Jahre nach Schließung sollte mehr Kreativität zur Problemlösung an den Tag gelegt werden" fasst der Springer Regionsabgeordnete Oliver Groseck die Situation zusammen.